

Konstant hohe Neuinfektionen

Coronapandemie Gemäss den Angaben auf der Website des Kantons haben sich im Glarnerland bis am Freitag innert rund 24 Stunden 92 Leute neu mit dem Coronavirus infiziert. Das ist im Vergleich zur Meldung vom Vortag nur eine Person weniger. Nach letztem Stand steigt die Anzahl aller laborbestätigten Fälle seit dem Beginn der Pandemie somit auf insgesamt 7060. Insgesamt sieben infizierte Glarnerinnen oder Glarner befanden sich am Freitag in Spitalpflege; drei weniger als am Vortag. Die Anzahl aller Menschen, die im Glarnerland seit Pandemiebeginn mit einer Covid-19-Erkrankung verstarben, blieb mit 100 unverändert. (red)

Arbeitslosigkeit nimmt leicht zu

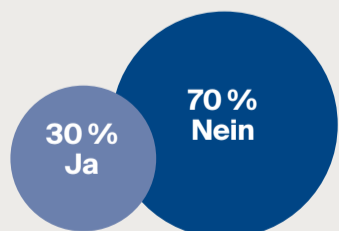
Ostschweiz Die Arbeitslosenzahlen sind in der Ostschweiz im Dezember mehrheitlich leicht angestiegen. Die Ausnahme bildet der Kanton Graubünden. Im Vergleich zum Vorjahr liegen die Arbeitslosenzahlen aber überall deutlich tiefer. Im Kanton Glarus gab es Ende Dezember 2021 im Vergleich zum Vormonat neun Stellensuchende mehr wie aus den Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) vom Freitag hervorgeht. Der Anstieg entspricht einer Zunahme von 0,1 Prozent auf eine Arbeitslosenquote von 1,7 Prozent.

Der Kanton St. Gallen verzeichnete 5895 Arbeitslose, 402 mehr als im Vormonat, die Quote stieg um 0,1 auf 2,1 Prozent. Gleicher Trend im Thurgau: 3531 (+228) Personen waren ohne Job gemeldet bei einer Arbeitslosenquote von 2,3 (+0,2) Prozent. In Appenzell Ausserrhoden waren 445 (+13) Menschen arbeitslos, das waren unverändert 1,4 Prozent. Graubünden meldet am Anfang der Tourismus-Wintersaison 1489 Arbeitslose (-105). Die Quote fiel so saisonal bedingt um 0,1 auf 1,3 Prozent. Appenzell Innerrhoden meldete unverändert 58 Arbeitslose bei einer Quote von 0,6 Prozent.

Im Vergleich zum ebenfalls von der Pandemie betroffenen Dezember 2020 liegen die Arbeitslosenzahlen deutlich tiefer: in St. Gallen, Glarus und Appenzell Ausserrhoden um 0,7 Prozent, in Graubünden um 0,6 Prozent, im Thurgau um 0,5 Prozent und in Appenzell Innerrhoden um 0,3 Prozent. (sda)

! WIR HATTEN GEFRAGT

Verzichten Sie im Januar freiwillig auf Alkohol?



? FRAGE DES TAGES

Haben Sie einen Ihrer Jahresvorsätze schon zum ersten Mal gebrochen?

Stimmen Sie online ab: [suedostschweiz.ch](https://www.suedostschweiz.ch)

Zwischen Kistler und Staub fliegen die Fetzen

SP-Gemeindepräsident Thomas Kistler kandidiert in Glarus Nord für eine zweite Amtsdauer. Die «Glarner Nachrichten» haben ihn mit seinem Herausforderer Fridolin Staub von der SVP zum Streitgespräch getroffen.

Interview: Fridolin Rast

In Glarus Nord will die SVP mit Fridolin Staub den amtierenden Gemeindepräsidenten Thomas Kistler von der SP aus seinem Amt werfen. Die beiden erklären im Streitgespräch ihre Sicht auf die Gemeinde und ihre Herausforderungen.

Fridolin Staub, was hat Thomas Kistler als Gemeindepräsident falsch gemacht, dass die SVP und Sie selbst ihn nach seiner ersten Amtszeit von vier Jahren herausfordern?

Fridolin Staub: Nach der Ära Laupper, in der man mit Investitionen sehr zurückhaltend war, ist der Hebel total in die andere Richtung umgelegt worden. Anstatt mit acht bis neun Millionen Franken Brutto-Investitionen hat der Gemeinderat der Gemeindeversammlung zweimal 40 Millionen präsentiert. Damit hat man das System überfordert, die Gemeinde ist gar nicht in der Lage, so viel zu realisieren.

Thomas Kistler: Die grossen Investitionen waren sicher nötig, wir hatten einen massiven Rückstau. Die alten Gemeinden waren am Schluss sehr zurückhaltend, und die neue Gemeinde musste sich zuerst organisieren und dann die Investitionen planen. Dazu kamen ausserordentliche Projekte wie die Lintharena mit allein 40 Millionen, die man separat betrachten muss. Und dann ein Schulhaus, das einfach nötig ist, weil wir mehr Schüler haben. Im Moment haben wir diesen Nachholbedarf, und er ist noch nicht ausgestanden. Wenn

«Für mich ist die zukünftige Organisation der Gemeinde das wichtigste Projekt.»

Fridolin Staub (SVP)
Gemeinderat und Präsidiumskandidat

wir eine moderne Gemeinde sein wollen, so wie es die Leute fordern, dann braucht es gewisse Infrastrukturen. Ich glaube aber auch, dass wir uns diese mit dem vorhandenen Eigenkapital leisten können.

Herr Kistler, Sie sind seit knapp vier Jahren Gemeindepräsident. Was haben Sie richtig gemacht?

Kistler: Sehr viele Projekte waren bei meinem Start immer noch in Bearbeitung oder noch nicht bearbeitet. Das grösste ist die Nutzungsplanung, die nun zum ganz grossen Teil erfolgreich verabschiedet ist. Wir haben die Lintharena saniert, worüber die Landsgemeinde bereits entschieden hatte und die weit überfällig war. Den Kredit der Gemeinde hat übrigens die erste Gemeindeversammlung beschlossen,

die ich führte und die ich vorbereitete, noch bevor ich offiziell im Amt war. Wir haben auch die Schulraumplanung vorwärtsgetrieben, eine grosse und überfällige Pende, und haben nun eine viel bessere Übersicht. Wir haben für schon vier Schulhäuser grosse und nötige Investitionen beschlossen oder durchgeführt. Ebenfalls zu einem Abschluss gekommen ist die Umnutzung des Flugplatzes Mollis.

Herr Kistler, was motiviert Sie für das Amt als Gemeindepräsident?

Kistler: Es ist einerseits ein spannender Job, da kann ich Fridolin Staub nur sagen: «Ja, bewirb dich für so eine spannende Stelle.» Hier, in der Gemeinde, ist der Horizont durch die vielen Anspruchshalter breiter und viel längerfristiger als in der Privatwirtschaft. Ich kann für die Zukunft etwas Spannendes machen, und das motiviert mich, gute Sachen zu machen, die allen oder jedenfalls vielen dienen. Man lernt spannende Leute und Situationen kennen, die den Horizont erweitern. Zum Beispiel die Nutzungsplanung, von der ich anfangs dachte, dass ich sie nicht verstehe – und die ich heute als Experte erklären kann. Und ich kann andererseits etwas Gutes tun, was ich gern mache: etwa jemandem helfen, einen Weg zu finden, zuhören, einen Tipp geben, an wen er sich sonst wenden kann.

Staub: Die Nutzungsplanung ist tatsächlich eine Riesenkiste. Da habe ich aber in einem Punkt eine dezidiert andere Auffassung: Die Gewächshauszone bei der KVA hätte der Gemeinderat nicht vorschlagen dürfen. Zum Slogan und der Vision von der «Gemeinde zum Leben, Arbeiten, Wohnen» passt ein solches Gewächshaus nicht. Zum Glück hat die Gemeindeversammlung den Fehler korrigiert.

Kistler: Das sehe ich anders. Das Gewächshaus hätte 50 Arbeitsplätze geschaffen auf einer Fläche, die heute für einen Bauern einen halben Arbeitsplatz darstellt. Da ist Energie verfügbar, die wir heute einfach vernichten und die auf dem tiefsten nutzbaren Niveau ist, sodass man sie nicht für anderes wie Fernwärme nutzen kann. Im gleichen Moment transportieren wir Gemüse aus Südspanien mit Lastwagen in die Schweiz. Dabei könnten wir das gleiche Gemüse in besserer Qualität hier produzieren. Aber der Beschluss ist gefallen, ich akzeptiere ihn.

Herr Staub, was motiviert Sie, Ihrem Präsidenten das Amt abjagen zu wollen?

Staub: Ich bin sehr motiviert, etwas zu gestalten, mit meinem Werdegang als

Stimmbürger, Parteimitglied, Landrat, Mitglied und Präsident der kommunalen Geschäftsprüfungskommission und dann Gemeinderat seit Oktober 2020. Ich glaube, dass ich dem Gremium gut tue und gewisse Inputs habe einbringen können. Das macht auch Lust auf mehr, ich würde sehr gerne das Gremium und die Gemeinde führen. Ich habe einen Willen, etwas zu gestalten. Ich kann Biss entwickeln, bin aber nicht verbissen.

Kistler: Meine wichtigste Motivation ist es, miteinander zu gestalten. Ich will, dass wir Glarus Nord gemeinsam so gestalten, wie es die Bevölkerung sich wünscht.

Staub: Vielleicht kommt ja noch die Frage, warum ich das Amt kann. Wenn Sie, Herr Kistler, gemeinsam gestalten wollen, führt das dazu, dass Sie sich leiten und vielleicht auch verleiten lassen. Ich will aber ganz entschieden nicht meine Meinung durchsetzen. Ich sehe das Amt zweiteilig. Politisch als Vorsitzender eines Gremiums, das geführt werden muss, operativ als Leiter einer Organisation. Ich bin einer der wenigen Landräte, die zwei Kommissionen präsidiert haben und habe recht komplexe und auch sehr kontrovers diskutierte Themen behandelt. Da gelang es mir immer, mehrheitsfähige Lösungen in den Landrat zu bringen. Und ich kann auch andere Gremien führen.

Politiker werden je nachdem als Wundertäter oder als Blitzableiter gesehen. Wie gehen Sie mit den grossen Erwartungen der Bevölkerung an das Präsidentenamt um, respektive wie wollen Sie damit umgehen?

Kistler: Die Erwartungen spüre ich am stärksten in den Sprechstunden und an den Anlässen, die nun allerdings wegen Corona viel seltener waren. Oft kommen Leute mit Einzelanliegen, und sie verstehen, wenn ich nicht alle ihre Erwartungen – auch noch persönlich – erfüllen kann. Die Leute sind sich bewusst, dass der Gemeindepräsident kein Allmächtiger ist, der allein entscheiden kann. Ich erkläre jeweils, dass ich nicht überall sein und schauen kann und das auch nicht will. Die Angestellten der Gemeinde machen gute Arbeit, und ich will nicht, dass die Bevölkerung dauernd beobachtet und überwacht wird. Die Erwartung ist, dass wir mit dem Steuergeld, welches die Einwohnerinnen und Einwohner bezahlen, ihnen eine möglichst lebenswerte Umgebung zur Verfügung stellen. Für junge Eltern ist die Schule wichtig, für ältere Mitbürger die Versorgung im Alter, sei es durch Spitex oder Altersheime. Wieder andere wollen zu jeder Zeit festen oder überall mit dem Velo durchfahren dürfen. Wir versuchen ihre Anliegen massvoll – auch finanziell – und im Rahmen des Gesetzes umzusetzen.

Wie gehen Sie mit den Erwartungen um, Herr Staub?

Staub: Mir ist wichtig, dass ein konstruktiver und integrativer Dialog geführt wird mit den verschiedenen An-



Fridolin Staub will Präsident von Glarus Nord werden.
Bilder: Fridolin Rast

Thomas Kistler
will Gemeinde-
präsident
bleiben.



spruchsgruppen. Dazu gehören die Bewohner auch, aber auch die Angestellten, die Verwaltung und der Kanton. Dass die Verwaltung gefordert und überfordert wird, hat mit den hohen Investitionen zu tun, aber auch mit Anträgen. Der Gemeinderat hat die Verwaltung unnötig beschäftigt mit dem isolierten Antrag für höhere Entschädigungen der Gestaltungskommission, der ja dann von der Gemeindeversammlung abgelehnt wurde.

Was wollen Sie an der Verwaltung ändern, Herr Staub?

Staub: Das Organigramm der Gemeinde ist seit Anfang gleich. Über das Ressort Sicherheit diskutiert man seither und hat keine Lösung gefunden. Es gibt hörbaren, spürbaren Unmut und einige gewichtige Wechsellinien auf oberster Führungsstufe, bei Finanzen, Bildung und Bau und Umwelt.

Kistler: Zum Ressort Sicherheit haben wir gerade einen Beschluss gefasst. Spät, aber wir werden es ändern. Wir haben uns an sehr vielen Orten entwickelt. Und zu den Abgängen: Zwei der drei Wechsel sind wegen Pensionierung erfolgt. Der dritte, weil jemand eine Weiterentwicklung sah, welche die Gemeinde nicht bieten konnte. Einmal hat eine Besetzung letztlich nicht funktioniert, wir sind halt in einem engen Arbeitsmarkt, in dem Besetzungen schwierig sind.

Welche grossen Aufgaben kommen in der nächsten Legislatur auf Glarus Nord zu?

Kistler: Ein ganzer Bund von Aufgaben. Das wichtigste ist, die Schulraumpaltung weiterzuführen und laufend zu aktualisieren. Es ziehen Familien zu uns, die den Schulraum brauchen. Nach der Nutzungsplanung ist auch die ganze Verkehrssituation eine Herausforderung. Das Verkehrskonzept muss klären, wie wir Orte erschliessen, wo man bauen möchte, die Erschliessung aber immer noch ungenügend ist. Das Konzept soll zeigen, wie wir den Nahverkehr zwischen den Dörfern verbessern; auch mit dem ÖV, zu Fuss und mit Velo, nicht nur mit dem Auto. Wir müssen uns aber auch Gedanken machen, zu welchen Bedingungen und welchem Zweck wir das Land, besonders gemeindeeigenes, abgeben wollen. Wir müssen auch erhalten und organisieren, was uns hier so gefällt, dass wir so nah am Erholungsraum sind, den wir nicht nur nutzen wollen, sondern auch schützen müssen. Und am Schluss das Ganze mit den finanziellen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, und nicht als Wunschprogramm.

Staub: Die Nutzungsplanung ist noch nicht vollendet, wir müssen sie nachher umsetzen und auch sofort den Gemeinderichtplan überarbeiten und mit dem kantonalen Richtplan abstimmen. Wir müssen die Organisation weiterentwickeln, ich habe da Druck gemacht, seit ich im Gemeinderat bin. Einverstanden, dass man den Verkehr analysieren muss, aber Ihre Aussagen sind etwas ideologisch gefärbt. Was Glarus Nord und der Kanton brauchen, ist ein Gesamtverkehrskonzept. Der Kanton hat,

von etwas Eisenbahn abgesehen, eine einzige Hauptachse, an der der ganze Kanton hängt. Da dürfen nicht die einen nur auf Velos, die anderen nur auf 40-Töner setzen.

Kistler: Darum machen wir ja das Gesamtverkehrskonzept; mit dem Kanton, der Gemeinde Glarus und vielleicht sogar den Nachbargemeinden im Linthgebiet. Für mich funktioniert Verkehr nur dann, wenn er für alle Verkehrsarten funktioniert. Wir haben Handlungsbedarf in praktisch allen Dörfern. Auch die Umfahrung Näfels geht frühestens 2032 auf – wir müssen vorher handeln.

Staub: Wo sollen wir denn optimieren, wenn so viel vorgegeben ist? Jedenfalls müssen wir der einzigen Hauptachse Sorge tragen.

Kistler: Das ist die Kantonsstrasse durch Bilten, Niederurnen und Oberurnen nicht, und sie wird von Fussgängern und Velofahrern stark genutzt. Aber natürlich muss der Schwerverkehr auch fahren können.

«Wichtig sind die Infrastruktur und Dienstleistungen, die Bürgerinnen und Bürger von uns wollen.»

Thomas Kistler (SP)
Gemeindepräsident

Wo hat die Politik in der Gemeinde freien Gestaltungsspielraum?

Kistler: Er ist relativ klein, von unseren Aufgaben sind 90 Prozent oder noch mehr völlig definiert durch das Gesetz. Wir müssen die Aufgaben ausführen, die uns Bund und Kanton geben. Der Gestaltungsspielraum ist: Die Aufgaben, die wir machen müssen, möglichst gut machen, mit einer vernünftigen, wenn auch nicht immer vergoldeten Umsetzung. Am meisten Spielraum haben wir beim Kulturellen und bei gewissen Fördermassnahmen. Darum will der Gemeinderat die Dorfkultur und sportliche Aktivitäten unterstützen. Wir könnten aber auch noch etwas mehr Naturschutz betreiben, umso mehr als wir dort auch Bundes- und Kantonsmittel zur Verfügung hätten.

Staub: Der Gemeinderat hat grossen Gestaltungsspielraum dadurch, dass er entscheidet, wie die Verwaltung organisiert wird. Seine Aufgaben sind zu 80 Prozent operativ. Er soll Einfluss nehmen, wie die Aufgaben erledigt werden, die man machen muss. Und wie er die Probleme erledigt, die auftreten.

Kistler: Es kann nicht Aufgabe des Gemeinderates sein, die Verwaltung letztlich selber zu machen. Mit der Gemeindestrukturreform haben wir wirklich den Vorteil, dass sie professioneller geworden ist. Damit gibt es weniger Spielraum für politische Einflussnahme. Und die Verwaltung arbeitet effizient und gut.

Staub: Die Motivation ist nicht überall gut. Das Lohnsystem, das nun endlich abgelöst wird, konnte nur frustrieren. Aber noch wichtiger, als das Lohnniveau zu erhöhen, muss man den Leuten Sinn bieten, Identifikation. Das haben wir heute klar zu wenig stark. Die Angestellten sind unzufrieden und identifizieren sich zu wenig mit der Gemeinde als Arbeitgeber, das sagt die Personalkommission.

Kistler: Ich sehe das anders. Ich bin erstaunt, wie hoch motiviert sich der grosse Teil der Angestellten einsetzt, obwohl wir ihnen nicht ganz optimale Anstellungsbedingungen bieten können. Nicht nur im Büro, sondern auch in der Schule oder im Strassenunterhalt oder im Forst und der Jugendarbeit. Trotzdem, es ist nicht einfach für die Leute und ist mit Corona noch schwieriger geworden. Die Gemeinde hat uns übrigens 1,5 Prozent für Lohnanpassungen bewilligt, darüber sind wir sehr froh.

Die Gemeindeversammlung, an der oft nur zwei bis vier Prozent der Stimmberechtigten teilnehmen, ist in einer Beteiligungs- und damit Legitimationskrise. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diese Probleme zu lösen?

Staub: Da hat der Kanton ein Projekt aufgelegt und wir haben nur drei Gemeinden. Diese vier sollen es zusammen entwickeln und wir schauen, was rauskommt. Das andere ist: Wir müssen die Gemeindeversammlungen so attraktiv wie möglich machen, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Entscheide vorlegen, die spannend sind. Nicht nur ein Budget, das für viele gar nicht mehr verständlich ist. Diskutiert wurde immer bei den kleinen Sachgeschäften – wenn diese wegfallen, ist es nicht mehr interessant. Und nach der Versammlung soll auch noch Zeit bleiben, zusammen etwas zu trinken.

Kistler: Wir haben effiziente Gemeindeversammlungen, die Doppel-Versammlung für den Nutzungsplan hat bewiesen, dass wir das dank guter Unterstützung in der Kanzlei und von Externen können. Der Inhalt der Versammlungen ist von Gesetz und Gemeindeordnung vorgegeben. Der Gemeinderat und der Gemeindepräsident haben keinen Spielraum beim Festlegen der Traktanden.

Braucht es denn wieder ein Gemeindeparlament, damit nicht Dutzende unbestrittene Traktanden zu behandeln sind?

Staub: Das Finanzhaushaltsgesetz entlastet nun die Versammlung. Zum anderen sind zwei Anträge hängig, dass wir die Organisation überprüfen müssen. Wir müssen die Diskussion führen, ob das ein kleinerer Gemeinderat mit höheren Pensen, ein Gemeindeparlament oder eine andere Ressortverteilung sein soll oder ob wir nichts ändern. Ich bin offen für jedes Ergebnis, wenn es uns weiterbringt.

Kistler: Eigentlich enttäuscht mich das kleine Interesse an der Gemeindeversammlung. Man kann es aber auch positiv sehen: 98 Prozent sind offenbar zufrieden mit dem, was wir machen. Ich bin klar für ein Gemeindeparlament. Es zwingt die Verwaltung und den Gemeinderat dazu, sorgfältiger vorzubereiten. Die Geschäfte werden im Parlament gründlicher geprüft als von Gemeinderat und Verwaltung allein, und die Stimmbürger – ob das noch an einer Gemeindeversammlung sei oder nicht mehr – können sich verlassen darauf. Am Schluss müssen wir aber sicherstellen, dass sich die Leute für die Gemeinde interessieren.

Soll am Schluss die Gemeindeversammlung abgeschafft werden?

Kistler: Es ist an anderen Orten gemacht worden, ohne dass die Demokratie gestorben ist. Es dürfte aber nur sein, wenn gute Mittel die Mitsprache sicherstellen, etwa ein Referendum mit einer tiefen Hürde für Abstimmungen. Das Volk soll bestimmen können, aber nur über das abstimmen müssen, was relevant oder umstritten ist.

Staub: Für mich ist es kein Thema, die Gemeindeversammlung abzuschaffen. Das wäre widersinnig, solange der Kanton eine Landsgemeinde hat.

Kistler: Das sehe ich auch so.

Wie beurteilen Sie die Finanzlage der Gemeinde mit über 80 Millionen Franken neuen Schulden bis 2025?

Kistler: Schulden sind grundsätzlich keine gute Sache, aber es sind zwei Sondereffekte, die dazu führen: Die Renova-

tion der Lintharena und der Bedarf an Schulräumen. Andererseits haben wir in unseren Büchern keine einzige Investition, die älter ist als zehn Jahre, sie sind dank positiven Rechnungsabschlüssen in der Vergangenheit alle schon abgeschrieben. Dadurch hat man stille Reserven geschaffen und wir können heute die Investitionen und die Kredite tragen, denen wir nicht ausweichen können. Die Gemeinde ist absolut kreditfähig und hat mit ihren Investitionen zu Beginn der Coronakrise geholfen, die Wirtschaft zu stützen.

Staub: Ich sehe die Finanzlage vorsichtig optimistisch. Der Finanz- und Aufgabenplan ist das zentrale Instrument, er hat 2019 die Anforderungen nicht erfüllt. Jetzt ist er in Ordnung, allerdings nicht überall korrekt nachgeführt.

Darf man das der Führung von Thomas Kistler zuschreiben?

Staub: Nein, der Geschäftsprüfungskommission, wir haben damals darauf hingewiesen.

Kistler: Na ja, immerhin führt der Gemeinderat die Gemeinde.

Staub: Nun, es sieht gut aus für das nächste Jahr, vor allem aber weil man die Einnahmen höher budgetiert hat. Das Wachstum, das zwar Lasten generiert, hat nun auch positive Effekte, und die Wirtschaft hat unter Corona erstaunlich wenig gelitten. Wir sollten antizyklisch investieren, im Moment zurückhaltend, weil es schon schwierig ist, Unternehmer mit freien Kapazitäten zu finden.

Kistler: Wir bringen das, was uns nötig und vernünftig scheint.

Welches wichtigste Projekt wollen Sie für Glarus Nord in vier Jahren realisiert haben?

Staub: Für mich ist es das Definieren der zukünftigen Organisation.

Kistler: Das betrachte ich auch als wichtig, doch es interessiert die Bürgerinnen und Bürger wenig. Für sie ist wichtig, dass wir ihnen die Infrastruktur und die Dienstleistung zur Verfügung stellen, die sie von uns wollen. Dazu gehören Schulhäuser, Strassen und Wege, Naherholungsräume, die wir pflegen.

Die Personen im Streitgespräch

Thomas Kistler (SP, Niederurnen) ist seit 2018 Gemeindepräsident von Glarus Nord und kandidiert für eine zweite Amtsdauer. Vorher war er zehn Jahre lang Geschäftsleitungsmitglied in einem grossen Bauingenieurunternehmen und verantwortlich für Finanzen, Personal und IT. Kistler ist seit 2005 Landrat und ist oder war dort in verschiedenen Kommissionen aktiv. In der Gemeinde war er

von 2016 bis zu seiner Wahl als Gemeindepräsident Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Der 60-Jährige ist verheiratet, hat drei erwachsene Kinder und ein Enkelkind.

Fridolin Staub (SVP, Bilten) ist seit 2020 Gemeinderat in Glarus Nord, er kandidiert gleichzeitig wieder für den Gemeinderat und neu für das Präsidium. Er

ist Metzger und technischer Kaufmann und arbeitet aktuell als Leiter eines Gastroservice im Kanton Graubünden. In der Gemeinde war er von 2016 bis 2018 Mitglied und dann bis 2020 Präsident der GPK. Staub ist seit 2003 Landrat und aktuell Präsident einer Kommission. Er präsidiert ausserdem die Bachkorporation Bilten. Der 53-Jährige ist verheiratet und Vater von vier Kindern. (fra)